

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 10
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsverzeichnisse

Herr, vergieb ihm, denn...

Vor kurzem feierten die christlichen Gewerkschaften ihr 25-jähriges Jubiläum, wobei der Erzbischof von Köln, Kardinal Dr. Schulte, die Festrede hielt. Es war sehr bezeichnend, daß er nach einer Begründung suchte für die Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften seinerzeit einen Keil in die deutsche Gewerkschaftsbewegung getrieben und diese ausblühende Bewegung durch Zersplitterungsversuche geschwächt haben. Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus betrachtet, war die Gründung christlicher Gewerkschaften mindestens überflüssig, da die freien Gewerkschaften infolge ihrer religiösen und politischen Neutralität auch den christlichen Arbeitern Raum und Bewegungsfreiheit geboten hätten zu gemeinsamer Arbeit im Dienste des Proletariats. Bekanntlich hat das Kapital nichts mit Religion zu tun, das Unternehmertum macht keinen Unterschied zwischen katholischen, evangelischen oder jüdischen Arbeitern, es beutet sie gleichermaßen aus, weshalb christliche und unchristliche Arbeiter gleich notwendig sind, diese Ausbeutung zu bekämpfen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß bei größeren Kämpfen freie, christliche und kirchlich-Dunderliche Gewerkschaften einmütig zusammengearbeitet haben. Bei schärferem Nachdenken leuchtet ein, daß es, rein praktisch gesehen, ein Fehler war, die deutsche Arbeiterklasse nach religiösen Unterschieden zu trennen, da doch die wirtschaftlichen Verhältnisse den engsten Zusammenschluß fordern. Es darf hierbei noch darauf hingewiesen werden, daß niemand daran gedacht hat, auch die Unternehmer, etwa die Grundbesitzer, die Großindustriellen, die Großhändler, die Großgrundbesitzer usw., nach religiösen Gesichtspunkten zu organisieren — schon der Versuch hierzu würde ein Höhnegelächter hervorrufen —, lediglich die Arbeiter hat man nach diesen Gesichtspunkten in Sonderorganisationen eingeschachtelt, obgleich diese selben Arbeiter in den Betrieben der gleichen Ausbeutung unterliegen. Wer hierin auch nur einen Funken von praktischer Vernunft entdecken kann, der mag sich auf seine Entdeckung ein Patent geben lassen.

Aber der Kölner Erzbischof war als Festredner gezwungen, die Gründung der christlichen Gewerkschaften zu rechtfertigen. Er tat es folgendermaßen: „Wer den Ursprung und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Prolet der modernen geistigen Strömungen und der wirtschaftlichen Kämpfe betrachtet, der wird die innere Berechtigung, die überragende Bedeutung und den gewaltigen Segen dieser Bewegung nicht verkennen können. Die christlichen Gewerkschaften sind entstanden als eine starke, gesunde Reaktion des bodenständigen christlichen deutschen Volkes gegen die entsetzlichen Verwüstungen, die von dem kapitalistischen Geiste und von der sozialistischen Idee in den Seelen breitetester Volksschichten angerichtet wurden.“ Und dann sang der Redner ein Loblied auf den Geist der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die getragen werde von sittlichen Grundsätzen und von christlichen Anschauungen, die allein imstande seien, „das Antlitz der Erde zu erneuern und die Lage der ärmsten Volksschichten zu einer zufriedenerstellenden zu machen“. Der Redner unterließ es auch nicht, darauf hinzuweisen, daß sich diese christlichen Grundsätze seit zwei Jahrtausenden bewährt hätten und daß sie allein imstande seien, eine bessere, glücklichere Zukunft der leidenden Menschheit zu bringen.

Nun gewiß, die Festredner pflegen den Mund etwas voll zu nehmen und ziemlich viel aufzutragen — und darum sollen auch der Herr Kardinal und seine Ausführungen nicht allzu scharf unter die Lupe genommen werden. Aber die Wahrheit und die Gerechtigkeit erfordert es, gegen einige Behauptungen des Redners Einspruch zu erheben, weil sie von christlicher Seite aus immer wiederholt werden und dadurch zulezt den Eindruck hervorrufen, als ob sie unbestreitbar auf Wahrheit beruhten.

Zunächst ist es nicht wahr, daß die christlichen Grundsätze sich seit zwei Jahrtausenden bewährt hätten. Als der Kern des Christentums wird in den Evangelien hingestellt: das brüderliche Zusammenarbeiten der Menschen (Solidarismus) in einer auf der Grundlage der Gerechtigkeit, der tatkräftigen Liebe und der gegenseitigen Wertschätzung beruhenden Menschengemeinschaft. Da darf man doch wohl fragen, wann und wo es dem Christentum gelungen ist, eine solche Menschengemeinschaft, im Kleinen oder im Großen, zu schaffen. Etwa in dem frommkatholischen Mittelalter, das von fortwährenden Kriegen erschüttert war, in dem grauame Argerverfolgungen und Verrennungen unheimliche Klüften gezeitigt haben? Ist es damals möglich gewesen, das Elend der Unterschichten aus der Welt zu schaffen, oder hat man es nicht vielmehr durch charitative Veranstaltungen (Almosen, Klosterjuppen usw.) zu mildern versucht, weil man es nicht zu beseitigen vermochte? Hat es das Christentum vielleicht fertiggebracht, die mittelalterlichen Menschen zu verflüchtigen, oder erheben die Buhprediger des Mittelalters nicht ununterbrochen Klage über die sittliche Verwilderung der Ober-, Mittel- und Unterschichten?

Für einen Geschichtskenner ist es wirklich ein starkes Stück, von einer „Bewahrung der christlichen Grundsätze seit zwei Jahrtausenden“ reden zu wollen. Zweifellos hat das Christentum auf den verschiedenen Gebieten viel geleistet, aber das kann doch kein Mensch mit gesundem Sinnen behaupten, daß es ihm gelungen sei, die Menschen zu Christen zu machen. Zeige man uns in Vergangenheit und Gegenwart doch nur eine einzige christliche Gemeinde, zeige man uns doch nur eine einzige christliche Land, wo die Menschen nach den Forderungen des Heilandes leben! Hier und da findet man wohl gute Christen, wenn sie auch sehr dünn gesät sind, aber eine christliche Gemeinschaft findet man nie und nirgends. Sie ist seltener als ein weißer Rabe. Klingt es da

nicht reichlich großsprecherisch, wenn der Kölner Erzbischof mit einem verächtlichen Seitenblick auf die sozialistischen Ideen von einer Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens und von einer Erneuerung der Welt durch das Christentum — oder gar durch die christlichen Gewerkschaften — redet? Seit zwei Jahrtausenden hat das Christentum Zeit gehabt, die Lehre Christi zu verwirklichen, aber wer will behaupten, daß ihm dies gelungen sei? Bei einer solchen unbestreitbaren Tatsache wird man es uns Sozialisten nicht verdenken können, daß wir einem christlichen „Wechsel auf die Zukunft“ sehr skeptisch gegenüberstehen.

Das Verlangen des Christentums beruht nicht etwa auf der Minderwertigkeit der christlichen Grundsätze oder auf dem mangelnden Eifer ihrer Befürworter. Die Ursache hierfür ist darin zu suchen, daß das Christentum eine einseitige Methode eingelegt hat. Es war und ist der Meinung, man könne die Menschen durch Lehren und Predigen, durch Mahnen, Warten, Drohen und Strafen, durch Gebete, Sakramente und Kultushandlungen zu christlich handelnden Menschen erziehen, ohne zugleich die wirtschaftlichen Verhältnisse umzugestalten. Die Geschichte und die Erfahrung lehrt, daß diese Meinung irrig ist. Menschen und Verhältnisse stehen in einer ununterbrochenen Wechselwirkung und beeinflussen sich gegenseitig. Gute, tüchtige Menschen schaffen bessere Verhältnisse, und diese wiederum geben die Möglichkeit, tüchtige Menschen heranzuziehen. Wie gute Bäume nur in einem guten Erdreich gute Früchte bringen, so werden gute Menschen nur in einer gesunden Wirtschaft soziale Handlungen verrichten.

Der Sozialismus hat erkannt, daß aus der Wirtschaft das kapitalistische Unkraut der Ausbeutung, der Entrechtung und der Unterdrückung mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden muß, damit in dieser entkapitalisierten Wirtschaft die Blumen des Solidarismus, der Gerechtigkeit, der Menschenliebe und der sozialen Gleichwertung wachsen können. Durch diese Erkenntnis erhebt sich der moderne Sozialismus über alle Religions- und Moralsysteme der Vergangenheit und der Gegenwart, aus dieser Erkenntnis heraus entspringt die Möglichkeit, daß der Sozialismus den Kapitalismus überwinden und das leisten wird, was das Christentum, das sich mit dem Kapitalismus, wie früher mit dem Feudalismus, abgefunden hat, zu leisten nicht vermag. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Anhänger des Christentums sich die Mühe machten, diese Probleme, die hier nur kurz angedeutet werden können, einmal gründlich zu durchdenken.

Noch eine andere Behauptung in der Rede Dr. Schultes verdient eine Richtigstellung und eine kräftige Zurückweisung. Der Redner magte es, seinen Zuhörern zu erzählen, daß die sozialistische Idee in den Seelen breitetester Volksschichten die entsetzlichen Verwüstungen angerichtet habe. Eine geradezu unerhörte Behauptung, die mit der Wahrheit in schroffem Widerspruch steht, die der christlichen Liebe direkt ins Gesicht schlägt. Wenn der Redner diese Beschimpfung des Sozialismus und der Sozialisten beweisen sollte, so würde er dazu nicht imstande sein. Wer er vertraut auf die Gutgläubigkeit und die Unwissenheit seiner Zuhörer und auch darauf, daß es in der Festversammlung keine Aussprache gab. In Wahrheit ist gerade das Gegenteil der Fall von dem, was der hochwürdigste Herr Kardinal sagte. Der moderne Sozialismus hat die Seele der breitetsten Volksschichten in jahrzehntelanger Arbeit geläutert, verflüchtigt und kultiviert, er hat mit dieser Arbeit begonnen in einer Zeit, als sich kaum ein amtlicher Vertreter des Christentums um das materielle, geistige und seelische Elend der Massen kümmerte. Um diese schwere Arbeit bewältigen zu können, waren die Sozialisten zunächst bemüht, bessere wirtschaftliche Lebensbedingungen für die Unterschichten zu schaffen, aus denen eine Seelenkultur erwachsen konnte. Sie sind eingetreten für ausreichende Löhne und eine kürzere Arbeitszeit, für Beseitigung der Sonntagarbeit, für gesundheitliche Einrichtungen und Schutzbearbeitungen in den Betrieben, für gesunde Wohnungen und Arbeiterferien, für Schutz der schwangeren Frauen, der Wöchnerinnen, der Säuglinge, der heranwachsenden Jugend, kurz, für alles das, was die Möglichkeit gewährt, gesunde Kinder ins Leben zu setzen und auszubilden. Sie haben in die Massen das Gefühl für Arbeitsehre und Menschenwürde hineingetragen, sie haben den Durst der Massen nach Kunst und Kultur zu stillen gesucht. Müge doch der Herr Kardinal in jene Orte gehen, wo der Sozialismus Bildungs-, Erziehungs- und Kulturarbeit treibt, und möge er die Ergebnisse dieser Arbeit vergleichen mit dem geistigen, sittlichen, kulturellen Zustand jener Gegenden, wo der Kapitalismus im Bunde mit der Geistlichkeit die Massen beherrscht. Dann wird er als ehrlicher Mann einräumen müssen, daß es eine hodenlose Verleumdung ist, von einer Verwüstung der Volksseele durch den Sozialismus zu reden.

Wir wissen, daß der Sozialismus noch lange nicht genug geleistet hat, weshalb er seine Bestrebungen auf dem Gebiete des Wissens, der Bildung und der Kultur immer intensiver und umfangreicher gestaltet, wir wissen aber auch, und wir betonen es mit Stolz, daß die bürgerlich-christlichen Schichten dieser sozialistischen Kulturarbeit nichts ebenbürtiges und gleichwertiges an die Seite zu setzen haben. Wenn diese Kreise in den letzten Jahren aus Konkurrenzrücksichten auch in Bildung und Kultur machen, so erkennen wir das weidlos an, aber sie haben noch viel nachzuholen, wenn sie es den Sozialisten gleich tun wollen.

Reichstag aufgelöst

Den Reichstag hat durch die Auflösung das wohlverdiente Schicksal ereilt. Die deutsche politische Geschichte ist gewiß nicht reich an erhebenden Kapiteln, aber das, was der letzte Reichstag geschrieben hat, zählt zu den allerhöchsten. Sein Ende macht mehr Freude als sein Beginn. Seine Unmöglichkeit ward gleich am Tage nach seiner Wahl offensichtlich. Viel zu lange ist es ihm gestattet gewesen, Etel zu entfachen und den demokratischen Ruf Deutschlands zu schänden. Steht man ab von den paar Gehezen zur Regelung der Reparationen, die ein einigermaßen verantwortungsbewusstes Parlament in ein paar Tagen erledigt hätte, so fragt man sich vergeblich, was er getan, warum er gebildet, gefüttert worden ist. Während die arbeitenden Schichten ihr schweres Kreuz in stummer Klage weiterzuschleppen und eine Menge wichtiger gesetzgeberischer Maßnahmen zur Milderung der politischen und wirtschaftlichen Drangal der Erledigung harren, schwänzelte die Volksvertretung untätig herum oder, wenn sie einmal zusammentrat, hob ein ekkiger Frochmäusertzug um Ministerstempel und andern Beutegerlegenheiten an.

Der Drang nach Beutegerlegenheiten schlug den Reichstag demmaßen in Bann, daß es nicht zur Erledigung der politischen und gesetzgeberischen Angelegenheiten kommen konnte. Die Erbärmlichkeit solchen Schindluderreibens mit den Lebensnotwendigkeiten des Volkes und des Staates ist zu handgreiflich, daß nicht jede Partei versuchte, die Verantwortung dafür der andern Seite zuzuschieben. Indessen braucht es wahrhaftig keinerlei Scharfzahn dazu, um herauszufinden, wen die Scherke, die eigentliche Schuld an dem wochenlangen Kuhhandel, an der parlamentarischen Krise trifft.

Die Deutschnationalen erst in zweiter Linie. Denn sie, die Vertreter der Großgrundbesitzer und der schlimmsten Reaktion wußten und wissen natürlich, daß es für sie von höchstem Belange ist, in der Regierung zu sitzen, die die Dawesgelecke auszuführen, die Reparationslasten zu verteilen hat. Die Beteiligung an der Regierung gibt ihnen die beste Möglichkeit, die Lasten auf die breite Masse zu wälzen und die Reparation zu einem Fischfang im Großen, zur Verteuerung der Nahrungsmittel durch Schutzzölle zu nutzen. So kann es von den Vertretern der Volksausbeutung und der Steuerscheuen nicht wundernehmen, daß sie mit allen Schlägen und Pfiffen strebten, einige Ministerstempel zu ergattern, zumal ihnen diese ja von Regierungskreisen für ihre Prostitution bei der Abstimmung über das Eisenbahngesetz in Aussicht gestellt worden waren. Die Hauptschuld tragen die drei Regierungsparteien, das Zentrum, die Deutschdemokraten und die Volkspartei. Hätten diese auch nur einen Deut Charakterfestigkeit, sie hätten die selbstprostituierten Deutschnationalen, als sie mit dem Verlangen nach Regierungsteilnahme kamen, unmißverständlich abweisen und es auf die Entscheidung im Reichstage ankommen lassen müssen. Aber, was politischer Klugheit am ehesten entsprochen, sie hätten den unmöglichen Reichstag gleich nach der Annahme der Dawesgelecke auflösen müssen. Statt dessen haben sie wochenlang mit den Deutschnationalen wegen deren Beteiligung an der Regierung gefuhandelt. Und es ist eigentlich nur einem Zufall zuzuschreiben, daß wir von einer ministeriellen Paarung zwischen Schaf und Hyäne verschont geblieben sind. Dieser Zufall heißt — Geleit. Hätte dieser zugefagt, auch in einem Kabinett, woran die Deutschnationalen beteiligt sind, als Reichswehrminister zu verbleiben, dann wäre wahrhaftig die Koalition nach rechts zulaufe gekommen, der Reichstag nicht aufgelöst worden und er hätte womöglich noch auf lange Zeit das politische Leben vereselt. Daß wir ausgerechnet einem Gelehrten, der alle bürgerlichen Parteien, die Republikaner wie die Monarchisten, die Fortschrittler wie die Reaktionäre gleich arg bedrückt, die Erlösung verbanden sollen, beweist nur, wie tief wir gerutscht sind. Dessenungeachtet sind die Deutschdemokraten jetzt besonders auf ihren Gelehrten stolz. Woran zu erkennen ist, wie wenig man braucht, um bei ihnen in den Ruf eines politisch tapfern Mannes zu geraten.

Im Grunde genommen ist es nicht recht, die parlamentarischen Vertretungen der bürgerlichen Parteien allein ob unseres jammervollen politischen Zustandes zu hecheln. Sie sind doch eigentlich nur der Ausdruck der Stimmung und Gefinnung des Volkes. Dieses hat sie ja erkoren. Die Zusammenlegung des aufgelösten Reichstages beweist, welch ungeheurer Unklarheit noch im deutschen Volke herrscht, wie verblüffend wenig es aus der Vergangenheit gelernt und wie wenig es politisch zu denken und zu handeln versteht. Sie bezeugt, welch mächtige Schichten noch in der alten geistigen Trägheit stecken und nicht begreifen wollen, daß es kein Zurück, sondern nur noch ein Vorwärts, ein Aufwärts gibt. Sie beweist, daß Millionen Deutsche aus der Verfassung des beschränkten Unterthanen nicht heraus können, nicht heraus wollen. Diese Übel haben den traurigen parlamentarischen Zustand mit dem Frochmäusertzug, dem Kuhhandel und den andern Nachteilen für die Demokratie und die Arbeiterklasse geboren. Und wenn es nicht gelingt, die Krübel zu beheben, werden wir vergeblich auf einen besseren Reichstag hoffen.

Die Pflichten, die sich hieraus für die Arbeiterklasse ergeben, liegen auf der Hand. Sie hat die Zeit bis zum 7. Dezember, dem Wahltag, für die Aufklärung eifrig zu nutzen. Sie darf keinen Augenblick vergessen, daß, wenn sie sich der Pflichtverpflichtung schuldig machen sollte, sie es bald und sehr deutlich an dem Streuerkettel, dem Brotpreis, dem Lohn, der Arbeitszeit, der Freiheit und an noch manchem andern spüren wird. Bei der letzten Reichstagswahl haben noch unendlich viele Proletarier und ihre Frauen es an politischer Klarheit und proletarischer Pflicht fehlen lassen. Dafür haben sie und wir alle schwer büßen müssen. Daß es nicht noch weiter der Fall ist, dafür muß bei der nächsten Reichstagswahl geortet werden.

Schafft Lehrlingsrecht!

Seit langer Zeit hört man in allen Ecken, besonders von Arbeitgebern, daß der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nur durch Heranbildung tüchtiger Facharbeiter möglich sei. Sieht man sich aber die Mitwirkung der Arbeitgeber an, so kann man fast von einer Säkularisation der Facharbeiter sprechen. Es kann ein guter Facharbeiter nur herangebildet werden, wenn auch ein geringer Anteil seiner Lebensjahre in der Hand des Lehrlingsvertrages verbracht wird. In früheren Zeiten waren die Lehrlinge beim Arbeitgeber meist in Kost und Wohnung. Mit dem Heranwachsen der Industrie ist dies mehr und mehr abgekommen. Man gibt den Lehrlingen ein sogenanntes Kostgeld, und die Eltern oder Vormünder müssen dafür den Lehrling ernähren und kleiden. In der Provinz Brandenburg gab man kurz vor dem Kriege im Durchschnitt dem Lehrling im ersten Lehrjahr je Woche 8 M. Entschädigung, steigend in jedem weiteren Lehrjahr um etwa 1 M. bis zu 8 oder 8 M. Während des Krieges ist versucht worden, die Bezahlung der Lehrlinge tariflich zu regeln, leider nur in wenigen Berufen und Bezirken mit Erfolg. Soweit Lehrlinge der Innungsmeister in Betracht kommen, ist eine tarifliche Regelung gewöhnlich unmöglich, da die Handwerkskammern in der Regel Richtlinien für die Entlohnung der Lehrlinge herausgeben, die von den Gerichten als maßgebend anerkannt werden. Für die Lehrlinge der gewerblichen und Großbetriebe war es hier und da möglich, eine tarifliche Regelung zu vereinbaren. Mit dem Zusammenbruch der deutschen Währung und damit auch eines Teiles der gewerkschaftlichen Macht ist dies anders geworden. Die Arbeitgeberverbände weigern sich jetzt meistens, tarifliche Vereinbarungen für Lehrlinge zu treffen. Man verweist darauf, daß nach der Entscheidung des Reichsgerichts und der meisten Landes- und Oberlandesgerichte die Lehrlingsverträge keine Arbeitsverträge sind und demgemäß der tarifvertraglichen Regelung nicht unterliegen. Höchstens findet man sich bereit, durch sogenannte Richtlinien des Arbeitgeberverbandes die Lehrlingsentschädigung einseitig zu regeln. So hat der für die Provinz Brandenburg hauptsächlich in Betracht kommende Metallindustriellenverband eine Lehrlingskommission eingesetzt, die im August d. J. das Ergebnis ihrer Beratungen als Richtlinien bekanntgab. Zunächst wird empfohlen, in Zukunft alle Lehrlingsverträge für gewerbliche Lehrlinge nur mit vierjähriger Lehrzeit abzuschließen, trotzdem der § 130 a der Gewerbeordnung sagt: „Die Lehrzeit soll in der Regel 3 Jahre dauern, sie darf den Zeitraum von 4 Jahren nicht übersteigen.“ Die Ausnahmebestimmung dieses Paragraphen in der Gewerbeordnung wird also zur Regel gemacht, angeblich, um eine ausreichende Ausbildung der Lehrlinge zu erzielen zu können. Als sogenannte Ergänzungsbeihilfe wird die Zahlung folgender Sätze empfohlen: im 1. Lehrjahr 5 bis 10 v. H., im 2. Lehrjahr 7 1/2 bis 10 v. H., im 3. Lehrjahr 10 bis 20 v. H., im 4. Lehrjahr 20 bis 30 v. H. des tariflichen Grundlohnes eines gelerntem Arbeiters der höchsten Altersklasse. Die Mindestsätze von 5 bis 20 v. H. gelten bei den Mitgliedsfirmen dieses Arbeitgeberverbandes schon seit Dezember 1922. Nach der Stabilisierung der Mark hat man es nun anheimelnd für notwendig erachtet, auch noch Höchstätze festzulegen, welche die Mindestsätze um 5 bis 10 v. H. übersteigen. Der tarifliche Grundlohn eines gelerntem Arbeiters in der höchsten Altersklasse ist bei den für den Arbeitgeberverband in Betracht kommenden fünf Ortsgruppen 36, 37, 40, 44 und 50 v. H. Bei einer 48ständigen Arbeitszeit erhält also ein Lehrling im 1. Lehrjahr 5 v. H. von 35 v. H. = 17,5 v. H. = 6,3 v. H. die Woche. In der höchsten Ortsklasse bei 60 v. H. Grundlohn 2,5 bis die Stunde = 1,20 M. die Woche. Diese Sätze steigen dann bis zum 4. Lehrjahr auf das Vierfache, also in der niedrigsten Ortsklasse höchstens 3,36 M. und in der höchsten Ortsklasse 8,40 M. die Woche. Form- und Kesselschmiedelehrlinge erhalten 2 1/2 bis 10 v. H. Mindestentschädigung und 5 bis 10 v. H. Höchstentschädigung mehr, ebenso erhöht sich dieser Satz durch höhere Arbeitszeit.

Wie damit die Eltern oder Vormünder die Lebenskosten des Lehrlings bezahlen sollen, bleibt das Geheimnis der Arbeitgeber. Dabei muß betont werden, daß meist nur die Mindestsätze gezahlt werden, ja es sogar notwendig ist, bei einer Anzahl Betrieben dieses Verbandes wegen der Einhaltung der Mindestsätze vorstellig zu werden. Zugegeben soll werden, daß es auch Firmen gibt, welche die Sätze der Friedenszeit, also 3 bis 5 M. die Woche und mehr geben; aber das sind Ausnahmen, und zu berücksichtigen ist, daß heute die Ernährung und Kleidung eines Lehrlings bedeutend mehr kostet als in Friedenszeiten. Der Kostlohn der Lehrlinge bzw. ihrer Eltern kann auf Grund der jetzt bestehenden Mietlage nicht abgehoben werden. Bei der großen Arbeitslosigkeit und aus anderen Ursachen sind die Eltern meist froh, wenn sie von ihren Jungen unterbringen können, damit er wenigstens aus dem Hause ist und einige Groschen zu seinem Unterhalt beiträgt. Nach einiger Zeit werden dann die Eltern bei dem Appetit des Sprößlings und seinen sonstigen Bedürfnissen seine außerordentlich geringe Entlohnung und versuchen, dem beim Arbeitgeber abzuhelfen. Dieser kann sich aber mit Recht auf seinen Vertrag und die Richtlinien seines Verbandes berufen. Für die Innungsmeister ist zu sagen, daß die zuständige Handwerkskammer der Provinz Brandenburg folgende Richtlinien bekanntgegeben hat. Der Lehrling soll erhalten:

im 1. Halbjahr	1 Stundenlohn	im 5. Halbjahr	5 Stundenlohn
2	2	6	6
3	3	7	7
4	4	8	8

des Gehaltslohnes die Woche.

Dieser Satz ist teilweise noch geringer als die Sätze des Arbeitgeberverbandes. Nach der Rechtslage läßt sich aber für Innungslehrlinge überhaupt nichts tun, und bei Tarifverhandlungen für Lehrlinge der gewerblichen Betriebe werden Vereinbarungen darüber vom Arbeitgeber abgelehnt. Kommt ein Schiedsspruch zustande, der wirklich einmal Lehrlingslöhne festsetzt, so wird er mit großer Wahrscheinlichkeit von den zuständigen Stellen nicht für verbindlich erklärt, weil er zwar der Willkür entzogen ist, aber — angeblich — keine zwingenden wirtschaftlichen und sozialen Gründe für die Verbindlich-

keitserklärung ausschlaggebend seien. Selbst wenn ein Schlichter die Verbindlichkeitsklärung aussprechen sollte, was uns sehr Neugierig über den Schlichtungsprozeß vom Herbst vorigen Jahres nicht bekannt geworden ist, dann sorgen die ordentlichen Gerichte dafür, daß der Arbeitgeber die festgesetzten Löhne für Lehrlinge nicht zu bezahlen braucht, indem sie eine derartige Vereinbarung für Lehrlinge als nicht einklagbar erklären, weil der Lehrvertrag ein — Erlösungsvertrag sei.

Dieser Rechtszustand ist unhaltbar und muß auf die Dauer die Heranbildung von Facharbeitern zum großen Teil unmöglich machen, weil bei der jämmerlichen Lebenslage der Eltern und Vormünder es unmöglich wird, den Nachwuchs zu Facharbeitern heranzubilden zu lassen und dabei mit zu ernähren. Die Arbeitgeberverbände und Innungen sollten ihren Worten folgen lassen und für eine menschenwürdige Entlohnung des Nachwuchses sorgen. Wenn heute die Lehrherren noch für Kleidung, Wohnung und Ernährung des Lehrlings sowie seine sonstigen Bedürfnisse sorgen müßten, so würde sehr oft die zehnjährige Bezahlung notwendig sein, um die Ausgaben dafür abzugelten. In Anbetracht der Machtverhältnisse ist es heute schier unmöglich, das Rechtsverhältnis zu ändern. So bleibt also nur die gesetzliche Regelung übrig. Es muß mit allem Nachdruck verlangt werden, daß das seit langen Jahren angehängte Gesetz über die Regelung des Arbeitsverhältnisses der Lehrlinge in Kraft tritt.

Von den Gewerkschaften muß auch dieser Frage gebührende Aufmerksamkeit durch Verankerung von Lehrlings- und Jugendversammlungen geschenkt werden, damit auch der Nachwuchs der Gewerkschaften auf die dringende Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung ihrer Notlage aufmerksam gemacht und hierzu die Mithilfe der Eltern und Vormünder gesichert wird.

Die Profitgenossenschaft in Welbert

An der Spitze des Arbeitgeberverbandes für Welbert und Umgebung steht der Rechtsanwalt Dr. Klement. Nach dessen Auffassung sind die Gewerkschaften an allem Unheil schuld, daß über die deutsche Wirtschaft hereingebrochen ist. Um die deutsche bzw. Welberter Industrie wieder auf die Höhe zu bringen, dürfen unter keinen Umständen mit den Gewerkschaften noch weitere Tarife abgeschlossen werden. Der Tarifvertrag wurde aus diesem Grunde für das Jahr 1923 gekündigt, der Abschluß eines neuen Vertrages vom Arbeitgeberverband hartnäckig verweigert. Die freien Gewerkschaften müßten, um wieder einen Tarifvertrag zu bekommen, den staatlichen Schlichter anrufen. Dieser überwiegt die Angelegenheit an den staatlichen Schlichtungsausschuss Bergisch Land. In der ersten Sitzung, die sich mit dieser Streikfrage befaßte, erklärte Dr. Klement, daß es keine gesetzliche Instanz gebe, die den Streitfall durch Schiedspruch erledigen könne, bevor nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft seien. Der Arbeitgeberverband sei bereit, erstmalig am 19. Mai mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Da in den nun folgenden Verhandlungen wegen der völlig unannehmbaren Forderungen der Unternehmer keine Einigung zustande kam, mußte der staatliche Schlichtungsausschuss wieder in Tätigkeit treten. Am 25. Juli fand eine Schlichtungsverhandlung in Welbert statt. Dr. Klement beantragte die Unzulässigkeit des Schlichtungsausschusses. Abgelehnt. Dr. Klement beantragte nun Verlegung, weil er unter dem 22. Juli 1924 den staatlichen Schlichter gebeten habe, die Streikfrage an sich zu ziehen, da sie als eine wichtige betrachtet werden müsse. Unter dem gleichen Datum habe er ferner ein Schreiben an den Reichsarbeitsminister gerichtet und diesen gebeten, den staatlichen Schlichter anzuweisen, die Streikfrage an sich zu ziehen. Darauf wurde die Verlegung zum 31. Juli 1924 befohlen. Auf der einen Seite reicht man Feststellungs-lagen gegen 2144 Arbeiter mit einer Gesamtsumme von 48 324,69 M. beim Landgericht ein, nachdem der Schiedspruch vom 31. Juli 1924 für verbindlich erklärt worden ist, weil große Verpfände gegen die gesetzlichen Bestimmungen der Schlichtungsordnung vorgekommen sein sollten — auf der andern Seite ist Dr. Klement als Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes selbst an den staatlichen Schlichter bzw. Reichsarbeitsminister herangetreten, um die Streikfrage zu übernehmen.

Der Schiedspruch vom 31. Juli 1924 wurde auf Antrag der Gewerkschaften vom staatlichen Schlichter am 5. September 1924 für verbindlich erklärt. Nun setzte ein Kesseltreiben gegen den staatlichen Schlichter ein, wie wir es bis dahin nicht erlebt hatten. Wie konnte auch der staatliche Schlichter gegen den Willen des Arbeitgeberverbandes den Schiedspruch für verbindlich erklären! Als am 6. März 1924 der staatliche Schlichter die Arbeitszeit auf wöchentlich 56 Stunden verlängerte und dieser Schiedspruch vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt wurde, war es für den Arbeitgeberverband eine Selbstverständlichkeit, daß die Arbeiter sich zu fügen hätten. Wenn, sollte man meinen, hätte es für den Arbeitgeberverband eine Selbstverständlichkeit sein müssen, daß er seinerseits nun diesen für verbindlich erklärten Schiedspruch anerkennt. Weil geschieht. Die Gesetze gelten nur für den Proleten, denn wozu hat man Geld? Doch nun, um am Landgericht feststellen zu lassen, ob nicht ein Punkt oder ein Strich bei der Feststellung und Fällung des Schiedspruchs ver-gessen worden ist.

Es gibt auch festsame Raben unter den hiesigen Arbeitgebern, die anerkennen, daß den Arbeitern Ferien zuzubereiten, erklären aber, kein Geld zur Bezahlung der Ferien zu haben. Trotzdem haben auch diese festsamen Raben Feststellungs-lagen am Landgericht erhoben. Man vertrappelet lieber am Landgericht neue Summen, die zur Bezahlung der Ferien ausreichen würden, ehe man dem Arbeiter sein Recht zuzuwenden läßt.

Der Schiedspruch wird vom Arbeitgeberverband nicht anerkannt, trotzdem man ihn schon am 15. September 1924 gekündigt hat. Der Arbeitgeberverband sollte mit seinem Dr. Klement dafür Sorge tragen, daß seine Mitglieder die gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeitverlängerung vom 21. Dezember 1923 einhalten. Die Arbeitszeit war seit dem 1. Juli 1924 für die hiesige Arbeiterwelt nur die gesetzliche, nämlich 48 Stunden. Dieses wußte Dr. Klement ganz genau, aber seine Mitglieder aufzuklären, war nicht nötig. Denn wie konnte demähter Veränderungen kann tiefgreifende Änderungen und sogar eine Störung des Gleichgewichtes hervorbringen. So lautet richtig feierlich in seiner schönen Studie über anorganische Fermente gezeigt, daß bei Kontakt im Wasser geteilten Platin, das fast vollständig auf Wasserstoffperoxyd einwirkt, die Zersetzungsgeschwindigkeit sofort auf die Hälfte sinkt, sobald je Liter nur 0,0014 Milligramm Diamant zugegeben wird. Schon geringe Zusätze von Salzen bewirken ein Zusammenfallen der ultramikroskopischen Katalysatoren, ein Ausfließen und damit ein Wirkungsverlust; der kolloide Zustand ist wieder verschwunden. Ganz ähnlich verhält sich das Blut von Menschen und Tieren, und die Auflösung des Blutes als kolloide Lösung ermöglicht es, mit einem Schlag eine Reihe von Krankheiten, im Gebiet der Medizin geborener Ereignisse anzuführen. Wie Jahr für Jahr in den Operationssälen eine zum Glück keine Anzahl von Kranken aus sogenannten Operationstagen, sowie bei der Führung des ersten Versuchsmittels für die Lösung des Problems. Durch die Veränderung des Blutes mit dem Stahl tritt bei manchen Menschen eine Störung des gewöhnlichen kolloiden Zustandes, ein trübliches Ausfließen ein, wodurch der Lebenssaft zerstört. Ein anderes Beispiel: Ein Kranker erhält eine geringe Menge Arsenessenz in die Blutbahn eingespritzt; dreißig Sekunden danach tritt ein Leberkrampf ein, der in wenigen Minuten zum Tode führt. Blutvergiftung wird man sagen. Dies kommt jedoch nicht. Die Blutvergiftung ist eine längere Zeit dauernde, schmerzhafteste Erkrankung, während es sich hier um eine sofort einsetzende Störung des kolloiden Gleichgewichtes handelt, wodurch das Leben der vollkommen hergestellten Menschen angesetzt wird wie eine Kerkerkammer durch den Wind. Der Arzt bringt das kolloide Amidiphosphorium einem Kinde ein; es tritt ein Anfall ein. Man sieht nach einer Erklärung. Natürlich Anweisung gegen Eltern, nicht zu rauchen; heute weiß man, daß es sich um kolloidgemischte Inkubation handelt. Die Beobachtungen ergeben, daß das Kind mit Perthes'cher Krankheit. Nun kommt bekanntlich das Amidiphosphorium aus dem Blute von Pferden, und man erkennt bald, daß hierdurch Ausflößen im Blute des Kindes erfolgte. Es war hier erwähnt worden, daß die Dantona in Ordnung die sich danach von Pferdefleisch ernähren,

es sonst kommen, daß eine große Anzahl Firmen wöchentlich noch 64 bzw. 56 Stunden arbeiten ließen? Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist es jedenfalls richtiger, man laßt nur die gesetzlich vorgegebene Arbeitszeit arbeiten und stellt dafür die unglücklichen Erwerbslosen ein.

Die verhassten und vom Arbeitgeberverband schon dreimal totgefügten Gewerkschaften müßten auch hier den Unternehmern den Weg weisen. Sie versuchen, die Arbeiterwelt für die verlängerte Arbeitszeit einzulassen. Vergebens. Somit ist zu verzeichnen, daß die Arbeiterwelt ohne Kampf wieder in den Genuß des Achtstundentages gelangt ist.

Welche Lehren muß die Welberter Arbeiterwelt aus dem Vorgehen des Arbeitgeberverbandes ziehen? Daß diesem reaktionären Treiben nur eine geschlossene, in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterwelt ein Ende bereiten kann. Es nützt nichts, über die Gewerkschaften zu schimpfen, die einzelnen Führer in den Kor zu ziehen. Damit leistet man nur der Gesellschaft, die nicht nach Recht und Menschlichkeit fragt, die nur von dem einen Gedanken besessen ist: Knechtung und Entwürdigung der Arbeiterwelt, Vorparnienste. Mitgearbeitet mit Rat und Tat, einfallen in den Rahmen des großen Familie. Sein ganzes Handeln nur von dem einzigen Gedanken leiten lassen: Für das Wohlergehen dieser großen Familie! Wenn so von einem jeden Kollegen gearbeitet wird, werden die Bäume unserer Schlarmpack nicht in den Himmel wachsen und für die Zukunft der Welberter Arbeiterwelt bruch und nicht zu bangen.

Für die christlichen Kollegen geeignet

Von sozialdemokratischen Blättern wird ein Brief eines katholischen Gelehrten an die Scheidungskassen veröffentlicht. Nachdem er sich über die „christliche Kultur“ und über die „Religionsfeindlichkeit“ der Sozialdemokratie geäußert hat, sagt er einige Wahrheiten über den sozialistischen Klassenkampf, die zwar für unsere Leute nicht neu sind, aber erwähnenswert dadurch werden, daß sie von einem Katholiken stammen. Er schreibt:

„Wenn die Politik der Sozialdemokraten „Klassenkampf“ ist, so ist es die Politik der angeblich so christlichen großen Konzeptionsweltlichen nicht minder, die zu Zehntausenden die Arbeiter ansprechen, um ihnen schlechtere Arbeitsbedingungen aufzuzwingen. Warum predigt man ihnen nicht „christliche Volksgemeinschaft“, warum verlangt man von ihnen nicht, Betriebe und Wirtschaft nach den Lehren der Bergpredigt zu führen? Warum ist es ein Verbrechen für katholische Arbeiter, Bauern und Intellektuelle, ein Stück Weges mit den Sozialdemokraten zu gehen, und warum ist es kein Verbrechen, wenn sich die großen katholischen Konzeptionsherrscher, wie Thyssen und Kildner, mit ungläubigen, unchristlichen, ja jüdischen Kapitalisten gegen die Arbeitnehmersverbände? Uns scheint, da wäre das Aufbegehren gegen den „Klassenkampf“ notwendiger als bei den armen Teufeln mit 20 M. Wochenlohn oder 100 M. Monatsgehalt, die sich zur Rettung ihres nackten Daseins zusammenfinden. „Christliche Kultur“, ihr edlen Herren! Es ist noch lange nicht bewiesen, ob die heutigen kapitalistischen Verfassungen einer „christlichen Kultur“ würdig sind, und ob es den Lehren des Neuen Testaments und den Vorbildern unserer Väter entspricht, wenn der eine Katholik 1000 Hektar Land oder Hundertmillionenwerte in Fabriken besitzt, während hunderttausende anderer Katholiken nicht Wohnraum und Bett ihr eigen nennen. Seid ehrlich, Ihr Scheinfrommen: noch haben wir überhaupt keine christliche Kultur, sondern wir müssen sie erst schaffen! Dabei scheinen uns viele gegen den Mammonismus aufbegehrende Sozialdemokraten willkommener zu sein als die Götzendiener des Mammonismus, die — an der Stelle des Christentums predigen, das wir in ihnen vergeblich suchen.“

So denken heute Millionen Katholiken, die sich für rechtgläubig und religiös halten. Diese Millionen Katholiken lehnen es ab, sich die kapitalistischen und politischen Geschäftsmacher um Streifmann und die deutschnationalen Trutztruppen um Wöglar und Fugenberg als christliche Wegbereiter und fromme Väter aufzuhaben zu lassen. Das berühmte Rabaldbräut aus dem Gleichnisse Jesu Christi scheint uns noch immer die fleißigen und redlichen Wäffeligen und Beladenen eher zum Himmelreich durchzulassen, als die prozigen, goldschweren Großgratier und Großindustriellen.

Karl Kautsky 70 Jahre

Am 16. Oktober feierte Karl Kautsky seinen 70. Geburtstag. Die vielen Aufsätze, die wir in diesen Tagen in der Arbeiterpresse sondern Länder finden, beweisen, daß er nicht nur für die deutsche, sondern für die Arbeiterwelt aller Länder der Meister der sozialistischen Theorie und Praxis ist. Es gibt tatsächlich heute kaum einen Sozialisten und Gewerkschafter, der nicht aus seinen vielen Schriften unmittelbar und mittelbar Wissen und Ermunterung gezogen hat. Seit vier Jahrzehnten gibt es keine größere öffentliche Frage, die nicht von Kautsky behandelt, geklärt worden ist. Ohne seine unermüdete Arbeit hätten die grundlegenden Worte der beiden Altmeister Marx und Engels (wenn auch das geistige Leben sowie die Staatspolitik) so nachhaltig beeinflusst werden können. Nicht weniger bedeutsam war sein Einfluß auf das Denken und Streben der Gewerkschaftsbewegung. In dem Meinungsstreit der Gewerkschaften ist Kautsky's Geist immer gegenwärtig. Was er in seinen Schriften und Aufzügen niederlegt, fließt in breitem Strom durch die Gewerkschaftsblätter weiter bis in die Versammlungen, Sitzungen und Versammlungen. So geht die gesamte Arbeiterwelt von dem Geistesgut, das Kautsky in seinem langen, fleißigen Leben gesammelt hat. Wir glauben, ihm zu seinem Geburtstag unsere Glückwünsche wie unsern Dank am besten dadurch ausdrücken zu können, daß wir unsere Kollegen, die alten und noch mehr die jungen, auffordern, die Schriften Kautsky's noch viel fleißiger zu lesen, damit die dort liegenden ungeheuren Schätze noch mehr zur Bereicherung und Stärkung des um seine Befreiung ringenden Proletariats dienen können.

Was die Technik Neues bringt

Von Dipl.-Ing. E. Kneiss (Nachdr. verb.)

Medizinische und Medizin. — Die krasseste Technik auf hoher See. — Medizinische Verbindung mit Alpenhöhen und Unterwasserwasser. — Wasserstoffgas-Schiffen.

Was ist der Mensch? Nach dem letzten Anspruch eines Chemikers ein wässriger Körper, hauptsächlich aus ein Prozent Wasser, der in einer Menge, die genügt, um einen kleinen Säuerchen zu bilden, und eben im Gewichte eines mittelgroßen Kugels. Seine Analyse ist ohne Zweifel, und das hat er ohne Schwierigkeiten auf die feinsten Details erreicht. Es kommt nun den neueren Lehren der chemischen Wissenschaft nicht allein auf die Bestandteile an, sondern auch auf den Aufbau, in dem sie sich befinden. Die feineren Gründe der feinsten Struktur sind mit dem kolloiden Zustand der Stoffe, der in vielen Industrieprozessen und auch in der Medizin eine immer wichtigere Rolle zu spielen beginnt; es doch das Blut, diese feinsten Stoffe, als kolloide Lösung von Eisen, Zink und Kupfer. Die aus diesen Verbindungen hervorgehenden, die eigentlich auf einer wässrigen basischen Lösung abgegrenzt werden, der übrigens die kolloidale Verbindung ist, eröffnet die Anwendung kolloidaler Verbindungen in der Medizin ganz neue Möglichkeiten. Es lohnt sich hier gerade eine neue Zeit an.

Was ist der Mensch? Nach dem letzten Anspruch eines Chemikers ein wässriger Körper, hauptsächlich aus ein Prozent Wasser, der in einer Menge, die genügt, um einen kleinen Säuerchen zu bilden, und eben im Gewichte eines mittelgroßen Kugels. Seine Analyse ist ohne Zweifel, und das hat er ohne Schwierigkeiten auf die feinsten Details erreicht. Es kommt nun den neueren Lehren der chemischen Wissenschaft nicht allein auf die Bestandteile an, sondern auch auf den Aufbau, in dem sie sich befinden. Die feineren Gründe der feinsten Struktur sind mit dem kolloiden Zustand der Stoffe, der in vielen Industrieprozessen und auch in der Medizin eine immer wichtigere Rolle zu spielen beginnt; es doch das Blut, diese feinsten Stoffe, als kolloide Lösung von Eisen, Zink und Kupfer. Die aus diesen Verbindungen hervorgehenden, die eigentlich auf einer wässrigen basischen Lösung abgegrenzt werden, der übrigens die kolloidale Verbindung ist, eröffnet die Anwendung kolloidaler Verbindungen in der Medizin ganz neue Möglichkeiten. Es lohnt sich hier gerade eine neue Zeit an.

niemals mit Amidiphosphorium geimpft werden dürfen. Weiter: Eine Dose bekommt jedesmal, wenn sie Reindruck nicht, einen antimarietischen Anfall. Hygiene lagte man früher. Heute weiß man, daß es sich um eine plötzliche Störung des kolloiden Gleichgewichtes im Blute handelt, so schwach allerdings, wie sie eben durch die Einwirkung des Kupfers hervorgerufen wird. Alle kolloiden Lösungen zeigen die Erscheinung des Alters: nach längerer Zeit ihres Bestehens finden einzelne Teilchen zusammen, die bewegte Oberfläche und damit die Wirksamkeit läßt nach. Nach der Theorie von Lumière, dem Erfinder der Farbphotographie, sind die Alterseigenschaften beim Menschen darauf zurückzuführen, daß der kolloide Zustand des Blutes nachläßt, die Teilchengröße etwas zunimmt. Nun ist es bei bestimmten Kolloiden, die bereits eine geringe Ausfällung zeigen, eine leichte Sache, sie durch Zufuß von Suren gewisser chemischer Mittel wieder in den jungen, hochkolloiden Zustand zurückzuführen. Wird sich auch für das alternde Menschenblut ein solches Mittel finden und einst auf kolloid-chemischer Grundlage eine Verjüngung ermöglichen lassen?

Der große Dampfer liegt fahrtbereit im Hafen: einem prächtigen schwimmenden Hotel mit ausgedehnten Salons vergleichbar, ist er um die Verbindung mit dem Lande, folgt geschickt dem Ufer und nimmt unter dem Einfluß der riesigen Turbinen die Richtung nach dem offenen Meere. Die Schiffsfähigkeit machen sich in den Kabinen bequem oder begeben sich in den Speisesaal, tanzen und fahren so fort, dieselben Vergnügungen zu genießen wie zu Lande. Aber mit jeder Spanne, die das Schiff hinter sich läßt, trennt diese schwimmende Stadt sich immer mehr von den unbeweglichen Säulen des Festlandes, von der trauten Heimatstadt, wo liebe Freunde woher... Doch halt, unterbrechen wir den schwermütigen Irrtum Die drahtlose Telegraphie tritt in Tätigkeit, zahlreiche, liebenswürdige Nachrichten kommen und gehen, Glückwünsche für die Reise, für eine ruhige Überfahrt, letzte Freunde Grüße... Man antwortet, wehrt, man erfährt das Neueste vom Festland, abends erscheint die Radiosendung. Mehr noch: die drahtlose Telegraphie ermöglicht es dem Seefahrer, sich unmittelbar mit dem Ziel seiner Reise in Verbindung zu setzen. Während viele unsichere Bande ihn noch mit

Reallöhne von Metallarbeitern in 13 Hauptstädten

Das englische Arbeitsamt macht sich die ebenso dankenswerte wie schwierige Arbeit, die Reallöhne von 17 Berufen in 13 Hauptstädten zu ermitteln. Das Ergebnis der ersten Ermittlung ist feinerzeit hier (siehe Nr. 44/45, 1923) besprochen, dabei auch mitgeteilt worden, auf welchen Grundlagen sich die Lohnzahlen aufbauen. Der Kürze halber sei auf jenen Aufsatz verwiesen. Das Ergebnis der ersten Ermittlung bezog sich auf März 1923, das der letzten auf Mai 1924, wozu letzteres in der Ministry Labour Gazette vom Juli zu finden

	London	Amsterdam	Berlin	Brüssel	Kristiania	Madrid	New York	Ottawa	Paris	Prag	Stockholm	Wien	Warschau
Maschinenschlosser	100	99	44	71	88	—	—	203	—	111	77	49	84
Eisengießer	100	85	—	71	88	—	—	199	—	99	77	—	84
Mobelmacher	100	92	41	96	82	—	—	220	—	117	72	48	78
Dreher	100	99	44	78	88	—	—	203	—	91	77	52	84
Pflsarbeiter	100	101	49	74	115	—	—	190	—	89	83	48	73
Durchschnitt aller 17 Berufe													
Mai 1924	100	90	53	68	78	—	—	196	—	87	90	45	105
März 1923	100	97	54	68	88	61	228	195	68	66	90	57	89
1914	100	66	—	61	77	42	187	161	—	84	74	68	93

Arbeitsbedingungen in Rußland

Nach den Berichten, die dem im Mai in Moskau versammelten Zentralrat der Gewerkschaft der Schifftransporteure und dem gleichzeitig tagenden Kongreß der Bauarbeiter geliefert worden sind (Troud 6./11. 5. 24, Economičeskain 13. 5. 24), waren die Arbeitsbedingungen dieser Berufe wie folgt:

Die Löhne sind noch ungeheuer niedrig. Für die Matrosen und Maschinisten schwanken sie zwischen 20 und 31 Tschernowzen den Monat, einschließlich der Zuschüsse, Zulagen usw. von 9 bis 15 Warenrubel. Die Lage ist schwierig und eine Besserung nicht in Aussicht, dies aus den nämlichen Gründen, die bestimmen, daß in der Industrie und dem Transportwesen zurzeit jede Lohnerhöhung ausgelehrt wurde, nämlich wegen der Geldreform, die nur dann zu einem guten Ende gebracht werden kann, wenn die Preise nicht steigen und der Preis der Arbeitskraft gleich bleibt, dann wegen dem Fehlbetrag im Staatshaushalt und besonders in dem des Kommissariats der Verkehrswege. In Anbetracht, daß die Löhne im Wassertransport niedriger sind als in der nationalisierten Industrie, beschloß das Zentralrat, das Kommissariat zu ersuchen, eine Erhöhung zu gewähren, um die Abwanderung gelernter Matrosen zu verhüten.

Der Arbeiterdruck läßt zu wünschen übrig wegen der Unzulänglichkeit der Inspektion. Andererseits bietet die Lösung des Wohnungsproblems große Schwierigkeiten. Die verlangten Kredite für den Bau und besonders für die Ausbesserung der Wohnungen und der Räume für die Besatzungen sind noch nicht gewährt worden. Nur 55 v. H. der Organisierten genießen die sozialen Versicherungen. Dieser ungünstige Zustand ist vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, daß die verschiedenen Unternehmungen und die Direktoren der Staatsbahnreihe die Beitragszahlungen an die Versicherung unregelmäßig tätigen.

Die Arbeitslosigkeit ist stark, sie wüthet dauernd und droht sich noch auszubreiten angesichts der Einschränkungen des Wassertransportprogramms, das für die Schiffbarkeit des Jahres 1924 vorgesehen war. Gegenwärtig sind 37,5 v. H. der organisierten Transportarbeiter ohne Arbeit.

Auf dem Kongreß der Bauarbeiter und der öffentlichen Dienste waren 163 Vertreter anwesend, die 208 000 Mitglieder, das sind 96 v. H. der Gesamtzahl, vertreten. 75 v. H. zahlten ihre Beiträge persönlich. Obwohl die Löhne seit 1922 und dem Anfang von 1923 etwas gestiegen sind, bleiben sie noch handgreiflich ungenügend, denn sie erreichen nur 22,4 v. H. des Betrages, der vom Staat als Mindestlohn festgesetzt ist. Der Wert dieses Mindestlohnes (Budget) ist 10 Warenrubel in Moskau und Petersburg und 7,4 Warenrubel in der Provinz. Ende 1922 betrug der Lohn 77,8 v. H. dieses Satzes. Das Gehalt der Ingenieure kommt nicht über 20 bis 30 v. H. der Summe, die sie vor der Revolution erhielten, und das untere technische Personal bekommt noch weniger als ein gelernter Arbeiter.

Die Verteuerung der Lebenskosten geht auf eine weitere Verminderung des Reallohnes hinaus. Die Verspätung in der Lohnzahlung (in acht Fällen von zehn werden die Löhne nicht zur festgesetzten Zeit ausbezahlt) macht die Lage besonders schwierig. Die Lohnkürze sind von Ort zu Ort verschieden, so daß die Arbeiter der nämlichen Industrie, je nach dem Bezirk, unterschiedlich entlohnt werden. Das Einkommen eines Bauarbeiters erreicht heute im Durchschnitt 70 v. H. des Verdienstes vor der kommunistischen Revolution. Nur eine Besserung des Arbeitsvertrages und der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen ermöglicht eine Erhöhung des Lohnes. Das System der Kollektivverträge ist bei den Bauarbeitern und der öffentlichen Dienste nicht sehr entwickelt. Nur zwölf Abkommen sind in Geltung.

Die Kongreßvertreter erklärten, die Ausführung der Kollektivverträge läßt zu wünschen übrig; es werden beispielsweise die Bestimmungen des mit der Verwaltung der Staatsbauten abgeschlossenen Kollektivvertrages nicht eingehalten. Andererseits werden trotz der von dem Zentralrat (Vorstand) gegebenen Versicherungen die Mitglieder nie mehr als zu Rate gezogen bei dem Abschluß von Kollektivverträgen. Obwohl zahlreiche Konflikte zwischen dem Kommissariat der Verkehrswege und der Gewerkschaft ausbrechen, haben die beiden Körperschaften noch keinerlei Kollektivabkommen getroffen. Die Arbeitsbedingungen sind ungünstig, besonders in Sachen

des Wohnens und der Arbeitskleidung. Die Behausungen sind in jedem Zustand und bedürfen der Ausbesserung. Vornehmlich im Don-Boden sind die Häuser halb zerfallen und die Temperatur darin geht im Winter unter Null. Die Arbeitskleidung können die Leute nur ein Drittel der für sie vorgesehenen Zeit tragen. Die Vertreter der Kräm haben von der Lage folgende Darstellung gegeben: Die Landstraßen sind in einem solchen Zustand, daß es bald unmöglich ist, darauf zu verkehren. Die Löhne sind niedrig. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist schlecht organisiert, an Wohnungen mangelt es, medizinische Hilfe ist nicht vorhanden. Infolge dieser beklagenswerten Arbeitsbedingungen vermehrt sich die Abwanderung der Arbeiter.

Der Arbeitstag beträgt acht Stunden im Grundsaß, die Arbeiter machen jedoch regelmäßig Überstunden. Es ist beschlossen worden, sie zu vermindern, um die Arbeitslosigkeit nicht noch zu verschlimmern. („Informations Sociales“ vom 22. September.)

Ausländische Stimmen zum Dawesplan

In den ausländischen Gewerkschaftskreisen sind die Ansichten über die Nützlichkeit oder Schädlichkeit der Regelung der Reparationen nach dem Dawesplan geteilt. Bei den britischen Gewerkschaften, vornehmlich bei den Bergleuten, wiegt die Meinung vor, daß der Dawesplan ebensoviel für die deutsche wie für die nichtdeutsche Arbeiterklasse ein Mittel der Schädigung darstelle, während man in anderen Ländern, so in Belgien, wie im Brüsseler Peuples nachzuklausen ist, eine nachteilige Wirkung für die — belgische Arbeiterklasse nicht feststellen zu können glaubt. Im New Leader, dem Blatt der britischen unabhängigen Arbeiterpartei, vom 3. Oktober, befaßt sich der Schriftsteller, Braiisford, mit den Befürchtungen über die Wirkung des Dawesplanes. Er schreibt unter anderem:

„Über das Hauptziel des Dawesplanes liegt darin, daß er dem ausländischen Finanzmann (in Deutschland) Einfluß verschafft, in dessen Hände unfehlbar ein großer Teil der Anleihe, die eine erste Hypothek auf Eisenbahnen und Industrie bilden, fallen wird. Darüber hinaus können die angesammelten Beträge, deren Übertragung ins Ausland nicht möglich ist, in Deutschland im Namen der Alliierten angelegt werden. Diese gewaltige finanzielle Durchdringung wird das Zustandekommen von dem unterstügen, was man als „Europa A.-G.“ bezeichnet. Europa ist im Begriffe, „kolonisiert“ zu werden, zum Teil durch amerikanisches, zum Teil durch alliiertes Kapital. Wir gehen einer kapitalistischen Internationalen unter der Kontrolle der Bankiers entgegen. Unweifelhaft wird dieser Prozeß durch den Dawesbericht beschleunigt. Europa hat sich selbst durch den Krieg ruiniert und Amerika kauft es auf. Die Finanzherrschaft der Politik, und alle Regierungen, gleichgültig, ob es sich um England, Frankreich, Deutschland oder gar Rußland handelt, werden „Bankangestellte“. Es gibt kein Mittel, diese Entwicklung abzuwenden, als den Kampf für eine sozialistische Lösung.“

Aber, wird man fragen, konnten wir dann nicht das Gute aus dem Dawesbericht nehmen und das Schlechte preisgeben? Unglücklicherweise nicht! Das Daweskomitee hat nachdrücklich betont, daß sein Bericht als ein unentbehrbares Ganzes betrachtet werden mußte. Gätten wir versucht, auszuheilen und auszuwählen, so hätten die Bankiers keine Anleihe gewährt, und diese Anleihe war der Angelpunkt des ganzen Plans. Die Bankiers haben in der Tat das Londoner Abkommen diktirt und dadurch nur ist der französische Widerstand in wichtigen Punkten gebrochen worden.“

Auf dem jüngsten Kongreß der britischen Arbeiterpartei sagte Macdonald über den Dawesplan: Es ist wahr, daß die deutschen Unternehmer die Gelegenheit ergriffen haben, die Löhne herabzusetzen und die Arbeitszeit zu verlängern. Doch dies ist nicht eine unmittelbare Folge des Dawesgutachtens, es war eine natürliche Folge der Wirtschaftskrise und der Besetzung des Ruhrgebietes. In diesem Zusammenhang führte er weiter aus, daß die Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt die moralische Pflicht habe, die deutschen Arbeiter in ihrem Kampf um die Zurückeroberung verlorenen Gebiets zu unterstützen. Denn die Verschlechterung der sozialen Verhältnisse in Deutschland bedeute eine allgemeine Gefahr für den Lebensstandard der weltbewohnenden Länder. Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde auch darauf hingewiesen, daß die internationale Lage bei Annahme des Dawesgutachtens so war, daß man in der Folge nicht von einer Verschlechterung, sondern von einer Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter sprechen konnte.

Winter, durch Umwetter zerstört werden. Es lag daher nahe, überall dort, wo die Leitungen wiederholt reizen, die drahtlose Telephonie einzurichten. Versuche, die in verschiedenen Ländern angestellt wurden, haben gezeigt, daß der Verwendung der drahtlosen Telephonie für die Zwecke der Bergpost heute nichts mehr im Wege steht. Mit verhältnismäßig einfachem Material lassen sich zuverlässige radiotelephonische Verbindungen in beiden Richtungen herstellen, falls die Entfernung nicht zu groß ist, höchstens etwa 10 Kilometer Luftlinie betragt. Es ist daher voranzuschreiten, daß von nun an die drahtlose Telephonie dauernd an allen jenen Orten verwendet werden wird, wo für ein ununterbrochenes Funktionieren des Sprachverkehrs während des Winters die Post- und Telegraphenverwaltung bisher beträchtliche Summen aufwenden und ein zahlreiches Personal beschäftigen mußte. Hauptächlich kommen hierfür hochgelegene Ortschaften und Alpendörfer in Frage. Die oben erwähnten Versuche lassen es erhellen, daß die kleinen örtlichen Stationen auch eine telephonische Verbindung mit den zahlreichen Untertankstationen ermöglichen, die von Alpinisten besucht werden. Diese könnten dort wertvolle Mitteilungen über die Wetterlage erhalten und so vor kommenden Schneefürren gewarnt werden, die, wie die Erfahrung lehrt, viel gefährlichere Feinde des Alpenpors sind, als die Felsen und das Eis.

Neuerdings ist im Handel ein auf flammenloser Gasverbrennung beruhendes Bügeleisen erhältlich, das eine Reihe von Vorzügen aufweist, sich vor allem im Gebrauch sehr hülflich stellt. Die Hersteller des neuen Gasparens Bügeleisens geben in der Anzeige an, daß sie eine Gasparanz von durchschnittlich 50 v. H. gegenüber dem üblichen Erbzüger zu gewährleisten imstande sind. Die flammenlose Gasverbrennung hat in der letzten Zeit wiederholt von sich reden gemacht, sie konnte jedoch in der Technik nur auf einigen wenigen Gebieten Fuß fassen. Bei dieser flammenlosen Gasverbrennung handelt es sich in Kürze etwa um folgendes: Schmelzt man beispielsweise in einem Tiegel eine Anzahl kleiner, aus feinstem Material bestehender Kugeln auf und leitet von unten her ein Gas langsam nach, so bahn sich dieses durch die Zwischenräume hindurch einen Weg nach außen und brennt, sobald man es anzündet, mit nach oben schlagender Flamme, die jedoch kleiner und kleiner wird

Auffichtung in Italien

Über das Niederkommen der Gewerkschaftsbewegung in Italien schreibt die Giustizia: „Der gewerkschaftliche Wiederaufbau ist in vollem Gange, überall kehren die Arbeiter in die freien Gewerkschaften zurück, besonders die Metallarbeiter, Textilarbeiter und Bauarbeiter. In Venedig und Sanona sind bereits die Gewerkschaftsstellvertreter wieder errichtet worden. In dieser Entwicklung trägt vor allem auch die innere Zerlegung der faschistischen Gewerkschaftsbewegung bei. Niemand gibt sich mehr der Illusion hin, daß die faschistischen Organisationen etwas zugunsten der Arbeiter leisten können oder wollen.“ Die Giustizia fordert zum Schluß die freien Gewerkschaften auf, sich der Rückkehr der Arbeiter würdig zu erweisen. Die Arbeiter sollen sich andererseits der Tatsache bewußt werden, daß sie sich nun wieder an eine straffere Disziplin gewöhnen und die Fehler der Vergangenheit gutmachen müssen. „Diese Selbstkritik muß von den Führern und den Massen offen und mutig durchgeführt werden. Denn darin liegt die Gewähr für eine bessere Zukunft der ganzen Bewegung.“

Fremde Arbeiter in Frankreich

Man zählt in Frankreich zurzeit 800 000 italienische, 500 000 polnische und Hunderttausende von Arbeitern anderer Nationalitäten, die wahllos eingeführt werden. Die Unternehmer, die sich dieser Arbeiter als Lohndrücker bedienen, tun natürlich ihr Möglichstes, um die Unordnung künstlich aufrechterhalten. So geschah es zum Beispiel im Falle polnischer Arbeiter, daß man gleichzeitig mit den Arbeitern gewisse Einrichtungen in die Betriebe mitbrachte, unter deren Druck unter Zerlegung des Gesetzes von 1894 selbständige polnische Gewerkschaften gegründet wurden, was natürlich jegliche vernünftige gewerkschaftliche Arbeit unmöglich macht. Dazu kommt, daß in neuester Zeit die Kommunisten die Gründung besonderer Organisationen für die fremden Arbeiter anstreben. Wie es unter solchen Umständen mit der Schlagfertigkeit der Gewerkschaftsbewegung bestellt ist, kann man sich denken.

Der französische Gewerkschaftsbund ist natürlich an sich nicht gegen die Einwanderung fremder Arbeitskräfte, die schon vor dem Kriege nötig war. Sinegegen tritt er dagegen auf, daß im Auslande im Namen der französischen Regierung und in gewissen Fällen sogar von amtlichen Agenten wahl- und planlos Arbeitskräfte angeworben werden. Er fordert die Bildung eines dem Arbeitsministerium angegliederten nationalen Büros mit Zweigstellen in den Departements und Bezirken, die täglich genaue Angaben über Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt machen. Ferner soll dafür gesorgt werden, daß der Abbruch von Einzelverträgen zwischen Unternehmern und Arbeitern im Auslande verboten wird.

Der Schwedische Former-Verband hielt seinen 9. Verbandstag vom 18. bis zum 23. August in Stockholm ab. Dieser Verband kann auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken und er hat aus diesem Anlaß eine Festschrift herausgegeben. Die Mitgliederzahl beträgt etwa 4000. Dem Verbandstag lagen mehrere Anträge vor, wonach der Verband dem Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses, daß die noch vorhandenen Berufsverbände sich bis zum Ende des Jahres 1925 zu Industrieverbänden verschmelzen sollen, nicht nachkommen möge. Ein Antrag forderte, daß der Verband „sich mit den etwaigen anderen Verbänden, die sich diesem Beschluß nicht fügen wollen und darum aus der Landesorganisation ausscheiden müssen, zu gegenseitiger Unterstützung in Verbindung treten“ solle. Eine vom Vorlande eingebrachte Entschließung führte aus, daß das Einkommen der Former mindestens 10 v. H. höher sei als das der übrigen Metallarbeiter und daß dadurch — die Daseinsberechtigung des Verbandes bewiesen sei. Eine 1923 vorgenommene Urabstimmung habe ergeben, daß sich 80 Abteilungen mit 3095 Mitgliedern gegen den Industrieverband und 16 Abteilungen mit 800 Mitgliedern dafür erklärten, während 2 Abteilungen keine Stellung nahmen. Seitdem hätten aber noch weitere Abteilungen, die früher für den Industrieverband eintraten, ihre Meinung geändert. Nach des Vorstandes Meinung seien die Nachteile des Anschlusses größer als die Vorteile und es seien daher Verhandlungen über das weitere Verbleiben als selbständiger Verband in der Landesorganisation zu führen.

Der Vorstand des Metallindustriearbeiterverbandes lag ein Schreiben vor, wonach die Former und Werkzeugmacher in größeren Orten ihre eigenen Abteilungen behalten können. Wo nur ein Betrieb am Orte vorhanden ist, können sie ihren eigenen Klub gründen. Im Verbandsvorstande wird ein besonderer Leiter der Formerangelegenheiten angestellt. Eins der Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses soll Former sein und ferner sollen die Former eine Vertretung im Hauptvorstande haben. Außerdem erklärte der Vorstand des Metallindustriearbeiterverbandes sich bereit, zu weiterer Klärung der Sachlage einen Vertreter zum Formerverbandstage zu entsenden. Darauf ließ der Verbandstag sich nicht ein. Ein vom Verbandstage eingesetzter Ausschuß legte eine Entschließung vor, die nach einer unverbindlichen Verbeugung vor dem Grundzuge des Industrieverbandes wiewohl sich darauf beruft, daß die Mehrheit der Mitglieder aus Angehörigen des Formerverbandes besteht und den Vorstand beauftragt, mit dem Metallindustriearbeiterverband einen Kartellvertrag abzuschließen und mit dem Vorlande der Landesorganisation die etwa nötigen Verhandlungen über das weitere Verbleiben des Verbandes in dieser zu führen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen soll einer Urabstimmung unterworfen werden. Der Beitrag wurde für vollzahlende Mitglieder auf wesentlich 1,50 Kronen und für halbzahlende auf 75 Ore festgesetzt.

Als mehreren Gründen wollen wir unterlassen, unsere Meinung über das Verhalten des Formerverbandes jetzt zu äußern. In Nr. 34 unseres schwedischen Bruderblattes erfährt es herben Tadel.

Gebändigte Jugend gibt starke Männer, Jugendfreiheit läuft in leuchtendes Alter aus.

und sehr bald gänzlich verschwindet. Der Grund hierfür liegt einfach darin, daß das zufließende Gasgemisch mit den hochschmelzenden Kugelflächen in Berührung gerät, dort ohne Flammentwicklung verbrennt und in den Kugeln eine beträchtliche Wärmemenge anhäuft. Das neuartige Bügeleisen kann an jede Gasleitung angeschlossen werden. Ferner wird angegeben, daß jedes bereits im Gebrauch befindliche Bügeleisen in ein Bügeleisen für flammenlose Gasverbrennung umzuwandeln ist. Als weitere haustechnische Neuerung sei ein Joeben auf dem Markt empfohlenes Mittel angegeben, um das Überlaufen von Milch, Schokolade usw. sowie das Anbrennen von Speisen zu verhindern. Es ist verblüffend einfach und besteht lediglich aus einer etwa 1 Zentimeter starken und 10 Zentimeter im Durchmesser messenden Scheibe aus Steinart, die auf ihrer unteren Seite eine fichtelförmige Rinne aufweist, welche in einem Zuge entragt. Die Wirkungsweise der Anordnung beruht nun darauf, daß beim Kochen der Milch diese in eine Wirbelbewegung gerät, die Spirale entlang geschleudert wird und durch das vorher erwähnte Loch in Form einer Feinen, nicht weiter währenden Fontäne hochspritzt. Selbst bei lundenlangem Kochen tritt kein Überlaufen oder Anbrennen ein. Erwähnt seien schließlich noch einige Neuerungen auf dem Gebiet der elektrischen Staubfänger, die meist in sehr wirksamer und gesundheitlich einwandfreier Weise allen Staub, Schmutz, Wollen usw. aus Teppichen, Polstermöbeln, Matratzen, Tapeten, Büchern usw. entfernen. Hier hat sich die Industrie bemüht, die Herstellungskosten, das Gewicht und den Stromverbrauch herabzusetzen und gleichzeitig die Handlichkeit und Betriebsicherheit beträchtlich zu steigern, so daß der Staubfänger zu einer Haushaltungsmaßnahme allerersten Ranges geworden ist. Es sind heute Ausführungen erhältlich, die nur noch 125 A. lösen, kaum 4 Kilogramm wiegen und nur etwa 0,17 Kilowatt benötigen. Es ist dies etwa ein Drittel der Leistung, die ein Bügeleisen erfordert. Manche Staubfänger lassen sich allerdings zum Stauen umstellen; man ist dadurch in die Lage versetzt, aus Klavieren, sowie unter den Möbeln, aus Wandrücken, Schränken usw., an die man mit Bürsten und Saugmündungen nicht herankommen kann, den Staub vollständig auszubäumen.

dem Heimlande verknüpfen, entstehen bereits andere und verschlechten die Zukunft, die äderrnd angezogen kommt, mit der Vergangenheit. Das Reich Reptun ist durchaus keine Einigkeit mehr, zu jeder Minute des Tages und der Nacht lassen sich Stimmen hören... Und dann erst die drahtlose Telephonie! Die Konzerte der Rundfunkstationen, der unvermeidliche Lautsprecher; da — ein auf dem Schiffe angeschlagenes Blatt verkündet, daß von so und jовiel Uhr ab während 10 Stunden telephonischer Verkehr mit einem anderen Dampfer derselben Linie ausrechterhalten wird! Nicht zu vergessen ferner ein neuartiges Verständigungsmittel: der Djea-brie! Man versteht darunter eine Mitteilung, die durch drahtlose Telegraphie zunächst von einem Schiff zum andern übertragen wird, das in entgegengesetzter Richtung fährt oder aber in der gleichen, das jedoch eine viel größere Geschwindigkeit besitzt und den Bestimmungen früher anlaufen kann. Die Empfangsstation an Bord des zweiten Schiffes schreibt die drahtlose Mitteilung nieder, versteht sie mit einem Umschlag und übergibt diesen Brief bei der Ankunft im Hafen der Post, die ihn dem angegebenen Empfänger zufließt. Gleichviel, ob dies alles nur angenehm oder überflüssig ist, es fehlt doch das eine fest, daß der Bewohner der schwimmenden Stadt das Gefühl größerer Sicherheit erhält, die jetzt tatsächlich auch vorhanden ist. Auf die geringste Gefahr wird aufmerksam gemacht; die Zwischenfälle der Reise werden gemeldet, Eisberge werden angezeigt, die Bitterung wird vorangefagt usw. Steigen wir in die Kabine hinauf, in der sich alle die Apparate befinden, die diese verschiedenen Dienste ermöglichen, so finden wir in der Regel auf großen Schiffen einen Hörsender, dessen mittlere Reichweite bei Tage etwa 2200 Kilometer beträgt, eine Sendestation von 2 Kilowatt für eine Reichweite von 750 Kilometer, einen Notsignalfender für 370 Kilometer und eine Anlage für drahtlose Telephonie. Außerdem umfaßt die Bordanlage noch zwei Röhrempfänger, einen Detektorapparat und ein Radiogoniometer zur Bestimmung der jeweiligen Lage des Schiffes mit Hilfe elektrischer Wellen, die von zwei Sendestationen an der Küste ausgehen.

In den Bergen erfordern die Telephonverbindungen einen sehr kostspieligen Unterhalt der Leitungen, die häufig, besonders im

Den Zechenmetallarbeitern zur Beherzigung

In der Arbeiterpresse wurde schon darauf hingewiesen, daß die Beschlüsse der an den Zechenbetrieblagen im Bergbau beteiligten Verbände...

Die Ursache zu diesem Entschluß dürfte ohne weiteres erklärlich sein, wenn man die in den letzten Wochen zunehmende Verteuerung...

Sollten sich im Laufe des Monats Oktober keine wesentlichen Preisentlastungen bemerkbar machen, so werden die Arbeitnehmerverbände eine entsprechende Erhöhung der Löhne...

Was ist seitdem geschehen? Haben die Regierungsbehörden oder die Stellen des Groß- sowie Kleinhandels...

Deshalb konnten die Verbände nicht anders handeln, als beschlußförmig festzusetzen, daß eine Lohnerhöhung für die im Bergbau beschäftigten Arbeiter...

Auch für alle Metallarbeiter im Bergbau mit der Kohlenindustrie ist diese Angelegenheit sehr wichtig, denn auch deren Löhne bedürfen einer Aufbesserung...

Hier darf nicht eine persönliche Verstimmung oder eine andere Auffassung die Ansicht aufkommen lassen, daß auf die Zugehörigkeit zum DRS verzichtet werden kann...

Damit auch hier die Metallarbeiter ihre Pflicht erfüllen können, muß der letzte Berufslehre im Bergbau...

Grundzüge der Erwerbslosenfürsorge

Die Erwerbslosenfürsorge hat vorläufig noch den Charakter der Fürsorge, nicht der Versicherung. Es besteht einerseits Beitragspflicht, andererseits nur behingelte Unterstützungsberechtigung...

Beitragspflicht. Für alle in den Erwerbslosen pflichtverpflichteten Arbeitnehmer sind Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge zu zahlen. Freiwillige Versicherung ist nicht zulässig...

Die Beiträge werden durch die Erwerbslosen eingezogen und mit dem Arbeitslohn verrechnet. Der Arbeitslohn beträgt 1/2 v. H. des Grundlohnes...

Beitragsbefreiung. Vom Beitrag sind alle Angestellten mit einem festen Monatslohn von über 200 M befreit, ebenso die Hausgewerbetreibenden (Hausarbeiter)...

Unterstützung. Anspruch auf Unterstützung haben nur bedürftige Erwerbslose. Demnach kann es vorkommen, daß jemand Unterstützung begehrt hat, aber nach der Entscheidung...

Die Dauer der Unterstützung ist beschränkt. Sie beträgt im allgemeinen nur 13 Wochen. Infolge der Wirtschaftskrise hat der Reichsarbeitsminister die Dauer auf 26 Wochen verlängert...

Rücklagen in einer Familie dürfen das 2 1/2fache des Hauptempfängers — einschließlich des Ehepartners — nicht übersteigen...

Kleiner Besitz, wie Haus, Garten, kleiner Landbesitz — je nach Beschaffenheit — schließt von der Unterstützung nicht aus...

Unfallrenten, Invalidrenten usw. werden zu 50 v. H. auf die Unterstützung angerechnet. Verdienste aus Gelegenheitsarbeit werden bis zu 10 v. H. des Gesamtunterstützungssatzes nicht angerechnet...

Voraussetzung zur Unterstützung ist mindestens 13wöchige Beitragszahlung innerhalb der letzten 52 Wochen. Auf Antrag beim Regierungspräsidenten kann eine 26wöchige Beitragsleistung...

Die Dauer der Unterstützung ist beschränkt. Sie beträgt im allgemeinen nur 13 Wochen. Infolge der Wirtschaftskrise hat der Reichsarbeitsminister die Dauer auf 26 Wochen verlängert...

Pflichtarbeit. Der Regierungspräsident hat die Auszahlung der Unterstützung von der Leistung einer Pflichtarbeit abhängig zu machen. Sie kann sich auf drei Tage je Woche erstrecken...

Kostendarbeit. Kostendarbeiter müssen als solche von der Regierung bewilligt werden, haben die Gemeinden gleichfalls von der Durchführung der Pflichtarbeit abhängig gemacht...

Bei großen Kostendarbeitern kann der Zuschlag schon vom dritten Tage an bezahlt werden. Dieser Zuschlag wird davon abhängig gemacht, daß die Gemeinde täglich eine Fleißprämie...

Bei der großen Kostendarbeitern kann der Zuschlag schon vom dritten Tage an bezahlt werden. Dieser Zuschlag wird davon abhängig gemacht, daß die Gemeinde täglich eine Fleißprämie...

Versicherung. Sämtliche Hauptunterstützungsempfänger werden gegen Krankheit bei der zuständigen Ortskrankenkasse versichert. Auf Antrag des Erwerbslosen ist er bei seiner bisherigen...

Die Krankheitsversicherung trägt die Erwerbslosenfürsorge; die Kosten für die Unfallversicherung trägt die Gemeinde, welche die Kostendarbeiter anspricht.

„Arbeitgeber“ — „Arbeitnehmer“

Hierüber schreibt E. Hoffmann in Nr. 28 der Glode: So oft ich die Worte „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ lese, rollen mir darüber Gedanken, wie ich diese beiden Worte am Leben erhalten können, wie sie sogar in der sozialistischen Literatur...

Wir wollen diese Ansicht nicht unterstreichen. Daß solche Terminologie, die offenbar die schwebende Waage vorzuziehen, nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber, die Arbeiter, die Arbeitgeber, die Arbeiter...

529 000 unterstützte Erwerbslose. Am 1. Oktober 1924 betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reichsgebiet 519 000, darunter 468 000 männliche und 51 000 weibliche...

Beitrag Die Schmittschen in Regensburg. Ein Beitrag der Schmittschen in Regensburg. Ein Beitrag der Schmittschen in Regensburg.

Schriftenschau

Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1923. 182 Seiten, Preis in Ganzleinen gebunden 3 M., kartoniert 2 M. Berlin 1924, Verlagsgesellschaft des DGB. Der Inhalt des Buches ist nicht nur ein Bericht über die Geschäftstätigkeit des Vorstandes...

Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterbewegung 1848/49. Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Marxismus...

10 Jahre deutscher Reichsfinanzpolitik. Kritische Würdigung vom Standpunkt der Sozialdemokratie von Josef Hirn, mit einem Vorwort des Reichs- und Landtagsabgeordneten Wilhelm Zell...

Gewerkschaffene. Von Dr. med. Hans Bette, preussischer Landesgewerkschafts- und Gewerkschaftsminister des Aufsichtsbereichs Wiesbaden...

Mitteilungen des Vorstandes. Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart. Mit Sonntag den 2. Nov. ist der 45. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. November 1924 fällig.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 2. Nov. ist der 45. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. November 1924 fällig.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen...

Zur Beachtung! Zutug ist fernzuhalten: von Elektromotoren nach Hamburg; von Formern und Sickerarbeitern nach Rosenheim (R. I. Stambel & Co.) D.; von Hammerwerkzeugen nach Gummersbach (Gebrüder Höfer, Kaiserlautern) D.;

Zur Beachtung! Zutug ist fernzuhalten: von Elektromotoren nach Hamburg; von Formern und Sickerarbeitern nach Rosenheim (R. I. Stambel & Co.) D.; von Hammerwerkzeugen nach Gummersbach (Gebrüder Höfer, Kaiserlautern) D.;

Ein = Streit; D = Differenzen; b = Streit in Stadt; Et = Streit; N = Korbregalung; M = Mißstände; A = Auslieferung; Arbeitssuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung erscheint...

Eintrag auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsvereinen und Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein.

Verbandsanzeigen

Coburg. Walter Schmidt, das nächst: Verbandsmitglied in Oberhausen, Su. Nr. 523/29, geb. am 30. Januar 1897 in Friedland, wird sofort dringend gewünscht. Bewerbungen und Kollegen mögen beim Herrn der Ortsverwaltung Oberhausen (Köln), Industriestraße 24, mitteilen.

Druck und Verlag: Druckerei des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adickstraße 16